

Islamophobie oder Kritik am politischen Islam?

VON THOMAS SCHMIDINGER

Replik auf Omar Al-Rawi, „Wölfe im Schafspelz“ (16. Jänner 2006).

Nicht eine mir von SP-Gemeinderat und Integrationsprecher der islamischen Glaubensgemeinschaft vorgeworfene „Weltverschwörungstheorie von bedrohlicher muslimischer Unterwanderung in Österreich“ habe ich in meinem Gastkommentar formuliert, sondern eine Kritik: dass „Anhänger der Muslim-Brüder die Führung IGGiÖ übernommen“ haben.

Das Verbreiten von Halb- und Unwahrheiten zählt zu eben dieser Strategie, die eng mit dem Doublepeak verbunden ist, den ich Al-Rawi, Scheich Adnan Ibrahim und seinen Freunden Tarafa und Amina Baghajati von der Initiative Muslimischer ÖsterreicherInnen (IMÖ) vorgeworfen habe. Wie schon in unzähligen mündlichen Diffamierungsversuchen von Al-Rawi und Baghajati, die in der Vergangenheit immer wieder mit Interventionen versucht hatten, Veranstalter meiner Vorträge zum politischen Islam oder zu Fragen des Antisemitismus zu einer Ausladung meiner Person zu bewegen, versucht Al-Rawi auch in seinem jüngsten Kommentar, durch Diffamierung meiner Person als „antideutsch“ und „philozionistisch“ meine Kritik, die er in keinstrenger Weise entkräften kann, zu delegitimieren.

Obwohl ich nie Mitglied einer antideutschen Gruppe war und nie in einer antideutschen Zeitung publiziert wurde, werde ich von Omar Al-Rawi zum „Antideutschen“ erklärt, womit er glaubt, genug gesagt zu haben. Aus der Unterzeichnung eines Aufrufs in einer Zeitschrift aus dem Jahre 2002, der in ironischer Anspielung auf den Vorwurf gegen einige Unterzeichnende, sie wären „Philozionisten“, mit dem Titel „Wir Philozionisten“ übertitelt wurde, leitet Al-Rawi ab, ich wäre „laut eigener Definition ‚Philozionist‘“.

Diese absurde Fokussierung auf den israelisch-palästinensischen Konflikt, der mit keinem Wort Thema meines Artikels war, legt den Verdacht nahe, dass es Al-Rawi und Baghajati vor allem eben darum geht: die Verteidigung des Existenzrechtes Israels zu delegitimieren. Fakt ist, dass meine grundsätzliche Solidarität mit der Existenz des jüdischen Staates nie mit einer generellen Verteidigung israelischer Regierungspolitik verbunden war. Al-Rawis Wut gegen meinen angeblichen „Philozionismus“ kann sich also nur gegen eine Position richten, die eine Zweistaatenlösung anstrebt, in der ein jüdischer Staat neben einem palästinensischen seinen Platz hat.

Ölgutscheine von Saddam

Dass die in der Schura-Moschee gesammelten Gelder an Projekte der Gesellschaft für Österreichisch-Arabisches Beziehungen (GÖAB) gingen, die auf den Listen der Ölgutscheinempfänger Saddam Husseins auftauchte und deren Generalsekretär Fritz Edlinger in den Sudan fuhr, um an den Feiern zum islamistischen Militärputsch Omar al-Bashirs teilzunehmen, kann wohl genauso wenig zur Verteidigung von Al-Rawis Freunden herangezogen werden wie ihr angebliches Engagement gegen weibliche Genitalverstümmelung.

So bezichtigten Al-Rawi und Baghajati die Anti-FGM-Kampagne unserer NGO Wadi im Irak gar als „islamophob“ und erklärten – öffentlich – FGM zu einem „afrikanischen Brauch“, den es unmöglich im Irak geben könne. Al-Rawis Vorwurf der „Islamophobie“, den er in seinem Gastkommentar wiederholt, ist damit nichts anderes als jener des „Philozionismus“: der verzweifelte Versuch, Kritik am politischen Islam abzuwehren.

Thomas Schmidinger ist Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der Uni Wien und Vorstandsmitglied von WADI und Iraquana.

meinung@diepresse.com

Die Debatte zum Nachlesen.

Thomas Schmidinger: Der Kuschel-Imam und die öffentliche Sicherheit (9. 1.)

Omar Al-Rawi: Wölfe im Schafspelz? (16. 1.)

diepresse.com/islamophobie

Wie geschmiert

Österreichische Unternehmen mischen bei der Korruption in Osteuropa munter mit – und die österreichischen Behörden drücken beide Augen zu.

Zwei Fakten über Osteuropa sind in Österreich hinlänglich bekannt. Erstens: Österreichische Unternehmen sind dort höchst erfolgreich. Seit Jahren jubeln die Wirtschaftsseiten der Tageszeitungen darüber, dass das kleine Österreich zu einem der größten Investoren zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer geworden ist. Zweitens: In Osteuropa floriert die Korruption. Die EU hat ernsthaft erwogen, den beiden Club-Neulingen Rumänien und Bulgarien deswegen die Mitgliedschaft noch eine Weile zu verwehren. Im jährlichen Korruptions-Ranking von „Transparency International“ liegen die meisten osteuropäischen Staaten irgendwo zwischen Botswana und Panama.

Die beiden Phänomene werden in der Öffentlichkeit nur selten miteinander verknüpft. Erst in den vergangenen Wochen wurde eine Frage lauter gestellt, über die man sich insgeheim schon längst wunderte: Bildet Bestechung die Kehrseite des Erfolgs österreichischer Unternehmen in Osteuropa? Sind sie nicht nur Opfer, sondern auch Täter?

Bestechung „immer“, „meistens“, „oft“

Im Rahmen einer volkswirtschaftlichen Studie habe ich 50 österreichische Unternehmen, die in Tschechien oder Rumänien investiert haben, detailliert über ihren Umgang mit Korruption befragt. Die Ergebnisse der statistischen Analyse sprechen eine eindeutige Sprache: In Rumänien sind lediglich 12,5 Prozent der österreichischen Unternehmen sauber, legen also konsistent dar, sich noch nie mit Bestechung behelfen zu haben. 42,9 Prozent der Firmen geben an, es sei im Umgang mit rumänischen Beamten „immer“, „meistens“ oder „oft“ üblich, auf „irreguläre Zahlungen“ zurückzugreifen. In Tschechien ist immerhin ein knappes Drittel der österreichischen Unternehmen sauber; 15,4 Prozent zahlen „oft“ oder öfter.

Vergleicht man diese Resultate mit Daten, die von der Weltbank erhoben wurden, zeigt sich, dass Österreicher ebenso häufig bestechen wie tschechische bzw. rumänische Firmen vor Ort – und zwar nicht nur im Umgang mit kleinen Beamten, sondern auch bei öffentlichen Ausschreibungen. „Die Kunst ist, sich nicht die Finger schmutzig zu machen“, sagte ein österreichischer Manager über Investitionen in Osteuropa mit bestechender Logik. „Entweder man geht nicht hin oder man heult mit den Wölfen.“

Tatsächlich ist es nicht besonders erstaunlich, dass sich österreichische Unter-



nehmen an lokale Geschäftspraktiken anpassen. Die viel zitierte kulturelle Nähe, die Österreichern das Wirtschaften in den ehemaligen Habsburger-Gebieten erleichtert, bedeutet eben auch eine Affinität zur Kultur der Korruption. „Manche österreichischen Firmen sagen, sie sind nicht da, um jemanden zu bekehren, sondern um Geschäfte zu machen“, sagte ein anderer Manager. Die Einsicht, dass Korruption allen Unternehmen schadet und sie alle profitieren würden, wenn niemand Schmiergelder zahlte, ist von den Firmen nicht zu erwarten. Der Kampf gegen Korruption ist daher Aufgabe der Behörden – und zwar nicht nur der tschechischen und rumänischen, sondern auch der österreichischen.

Erst spät Gesetze gegen Korruption

Bis vor wenigen Jahren gab es in Europa nicht einmal Gesetze gegen Korruption im grenzüberschreitenden Geschäftsverkehr. Nur die USA verboten die Bestechung von ausländischen Amtsträgern schon 1977. Österreich hat die entsprechende OECD-Konvention von 1999 sowie die Antikorruptionskonvention der UN von 2003 ratifiziert. Besonders Eifer bei deren Exeku-

Sebastian Heinzel, geb. 1977, ist Journalist und Ökonom. Derzeit arbeitet er als USA-Korrespondent für das Nachrichtenmagazin „profil“ in New York.

meinung@diepresse.com

quergeschrieben

Das grausame Rezept

Es wird uns nie gelingen wird, alle Grausamkeiten aus dem Leben der Kinder zu verbannen.

Die EU plant ein Verbot von „Killerspielen“, aber sie kommt damit nicht so recht weiter. Das ist jammerlich, denn niemand glaubt an den erzieherischen Wert von Computerspielen, die Serienmorde simulieren. Die Folgen einer solchen „Unterhaltung“ sind zwar schwer abzuschätzen, aber besonders positiv werden sie kaum sein. Überdies ist der Gedanke, dass jemand daran verdient, wenn Kinder auf dem Bildschirm das Töten üben, widerwärtig. Die EU-Initiative verdient jede Unterstützung.

Nur sollten wir illusionslos sein. Nie wird es gelingen, von unseren Kindern alle Grausamkeiten der Welt fernzuhalten. Denken Sie etwa nur an die Brutalität der „Süddeutschen Küche“ – aber dazu muss ich ein wenig ausholen...

Meine Kindheit war, so weit das nach dem Krieg möglich war, sehr behütet. Das galt insbesondere für die Sommermonate bei meiner Großmutter. Ihr schien schon

der gute, alte „Lesezirkel“ eine Gefahr für mein Seelenheil, und Fernsehen gab's ohnehin nicht. Allerdings auch kaum Bücher, und so las ich buchstäblich alles, was mir unter die Finger kam. Eben auch, sie ahnen es, „Die Süddeutsche Küche“, das legendäre Kochbuch von Katharina Prato. Allerdings nur bis zur Seite 66, denn dort wurde die Grausamkeit so abstoßend, dass ich zur Großmutter flüchtete.

Weil das aber schon sehr lange her ist und ich meinen Kindheitserinnerungen nicht in allem traue, erstand ich neulich die (vorzügliche) Neuausgabe dieses Kochbestsellers. Schlug die besagte Seite auf, und wieder gefror mir das Blut in den Adern. Bitte, urteilen Sie selbst: Die Prato über die Kunst, „Schildkröten zu töten“: „Man hält ein glühend gemachtes Eisen auf das Rückenschild, damit sie den Kopf und die Pfoten herausstrecken, worauf man jenen (sic!) schnell abhackt, sowie auch den Schweif. Beim Abschachten wird das Blut meistens aufgehoben, um es zur Bereitung zu verwenden. Größere Schildkröten werden nach dem Ausbluten...“ Genug, genug, ein Kochbuch als Killerspiel! Irgendwie brachte es meine Großmutter fertig,

tion legen die österreichischen Behörden allerdings nicht an den Tag: Nur 20 Prozent der befragten österreichischen Manager kennen die Rechtslage überhaupt. Und einige erzählen, dass ihnen von Österreichs Finanzämtern großes Verständnis entgegengebracht wird, wenn es um die Abschreibung von Schmiergeldern geht.

Die staatliche Komplizenschaft ist kein spezifisch österreichisches Problem. Auch in Großbritannien wird derzeit über die Nachlässigkeit der königlichen Behörden bei der Verfolgung internationaler Korruption debattiert, und Italien handelte sich jüngst eine Rüge der OECD ein. Warum sollten die österreichischen Behörden auch heimische Unternehmen bei der Ostexpansion behindern? Würden dann nicht ohnehin italienische oder britische Unternehmen in die Bresche springen und munter weiterschmieren?

Problem in Brüssel zu lösen

Das Problem ist wohl nur in Brüssel zu lösen, auf der Ebene der Europäischen Union. Will die EU nicht, dass sich die Korruption von Osteuropa bis zurück in ihre Zentren frisst, muss sie hart dagegen vorgehen.

So weit ist die Debatte freilich noch nicht gediehen. Zum Beginn genügt ein Erkenntnis: Die österreichischen Geschäfte in Osteuropa laufen auch deswegen wie geschmiert, weil sie tatsächlich geschmiert werden.



VON KURT SCHOLZ

mir das Entsetzen über das Köpfen der von uns Kindern heiß geliebten Schildkröten in der süddeutschen Küche auszureden. Ich bin ihr heute noch dankbar.

Ob ich durch die Lektüre der Süddeutschen Küche nachhaltige Schäden davongetragen habe, weiß ich nicht. Auf dem Peloponnes bin ich in späteren Jahren mit dem Auto Schildkröten immer sorgsam ausgewichen, und meinem Sohn habe ich irgendwann die „Turtles“ gekauft. Schildkrötensuppe esse ich keine, aber kochen tu ich ganz gern. Auch „Süddeutsche Küche“.

Und die Moral von der Geschichte? Es gibt keine. Außer vielleicht, dass es uns nie gelingen wird, alle Grausamkeiten aus dem Leben der Kinder zu verbannen. Und dass wir wahrscheinlich nicht nur auf EU-Verbote hoffen sollen, sondern etwas anderes aufbauen müssen: das Miteinander-Reden. Vertrauen. Offenheit. Das schützt, auch vor Killerspielen. So wie meine Großmutter mich vor der Süddeutschen Küche.

Kurt Scholz ist Restitutionsbeauftragter der Stadt Wien und war langjähriger Wr. Stadtschulratspräsident.

meinung@diepresse.com